

Dr. Franz Bertele



1989-1990

Vom Management der Teilung zur Wiedervereinigung Deutschlands

Vortrag in Seoul am 23. Mai 2002

Ich freue mich, dass ich die Gelegenheit habe, Ihnen zu berichten, wie wir in den letzten zwei Jahren 1989-1990 vor der Wiedervereinigung mit den Problemen, die sich aus der Teilung unseres Landes ergeben hatten, umgegangen sind und wie wir schliesslich die Wiedervereinigung erreicht haben. Und einige der auch nach mehr als 10 Jahren immer noch nicht gelösten Probleme, die aus der Zeit der Teilung stammen und die wir immer noch haben, will ich kurz erwähnen.

Die deutsche Teilung war während ihrer ganzen Dauer für uns schmerzhaft, obwohl sie nur eine Zeit lang vergleichbar total war wie die Teilung Ihres Landes. Sie war, ebenso wie ihre Teilung, eine Folge der Ost-West-Konfrontation. Die deutsche Teilung bedeutete darüberhinaus auch die Teilung Europas: der durch Deutschland gehende eiserne Vorhang teilte Europa, von ein paar kleineren Ländern abgesehen, in das West-Europa der NATO und das Ost-Europa des Warschauer Paktes und des Comecon, dem Östlichen Gegenstück zum sich wirtschaftlich zusammenschliessenden West-Europa. Mit der deutschen Einheit wurde auch die Teilung Europas überwunden.

Die Überwindung der Teilung begann paradoxerweise mit unserem Eingeständnis nach fast zwei Jahrzehnten sich vertiefender Teilung, kulminierend im Bau der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhanges quer durch Deutschland, dass die Teilung in überschaubarer Zeit nicht überwunden werden könnte. Solange der Ost-West Gegensatz und damit auch die Teilung Europas andauern würde, solange würde auch Deutschland geteilt sein. Der Schlüssel zur Überwindung der Teilung liege daher in Moskau. Erst

nach der Überwindung des Ost-West-Konfliktes könne die deutsche Frage auf die Tagesordnung der Geschichte zurückkehren. Und dann würde sich zeigen, ob in der Zwischenzeit die Einheit der deutschen Nation erhalten geblieben war oder ob die Menschen in der DDR ihren eigenen zweiten deutschen Staat erhalten wollten. Nach dieser Erkenntnis haben wir, in enger Abstimmung mit unseren Alliierten, nach Wegen gesucht, um wenigstens die schlimmsten Auswirkungen dieser Teilung zu lindern. Die Überwindung der Teilung setzte also deren Anerkennung voraus. Wir mussten anerkennen, dass mit der DDR ein zweiter deutscher Staat entstanden war. Nur in Verhandlungen mit der DDR konnten die Leiden der Teilung gemildert und vielleicht, und das natürlich gegen die Ziele der DDR, die Einheit der Nation erhalten werden. Dabei waren in all den folgenden deutsch-deutschen Verhandlungen die Interessenlagen gegenläufig: uns lag immer daran, die Leiden der Teilung zu mildern. Dafür waren wir bereit, Gegenleistungen im wirtschaftlich-finanziellen Bereich zu erbringen, die als nicht gewollte Nebenwirkung systemstabilisierend für die DDR wirkten. Die DDR wollte genau diese wirtschaftlichen Vorteile und nahm dafür in Kauf, dass z.B. durch mehr Reise- und Besucherverkehr der Zusammenhalt der deutschen Nation erhalten wurde, zumindest, dass sich die aus ihrer Sicht erwünschte Bildung einer eigenständigen sozialistischen deutschen Nation verzögerte. Ich könnte mir vorstellen, dass dies auch ein Modell für Korea sein könnte, solange die Teilung nicht überwunden werden kann. Dass die Menschen in der DDR, als die politische Lage im Herbst 1989 das zuliess, zuerst bei Grossdemonstrationen "Wir sind das Volk" und kurz darauf "Wir sind ein Volk" riefen, hatte sicherlich auch damit zu tun, dass sie über viele Jahre erfahren hatten, dass alle Bonner Regierungen ihre Sorgen und Probleme in den Verhandlungen mit der DDR, soweit dies möglich war, sich zu eigen gemacht hatten.

Im Verhältnis zu Ihnen in Korea hatten wir in den 80er Jahren bereits einen erheblichen Reise- und Besucherverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten. Zu Beginn der 80er Jahre erhielten ungefähr 100.000 DDR Bürger von ihrer Regierung die Erlaubnis, in dringenden Familienangelegenheiten in den Westen zu reisen, 1986 waren es bereits fast 600.000 und 1987 1,3 Millionen. Wenn wir die Reisen zählen, wobei es z. B. für Rentner in der DDR die Möglichkeit gab, mehrfach zu reisen, dann kamen wir im Jahr 1987 auf rund 5 Millionen Reisen von Ost nach West und auf 5,5 Millionen Einreisen aus dem Westen in die DDR und nach Ost-Berlin. Da die DDR einerseits

ihren Bürger nur 15 Mark/Jahr für Reisen in Westgeld tauschte, andererseits von jedem einreisenden Bundesbürger oder West-Berliner einen täglichen Mindetumtausch von DM 25 verlangte, machte die DDR ein gutes Geschäft mit dem Reise-und Besucherverkehr.

Nur am Rande möchte ich erwähnen, - aber für uns war das ein zentraler Punkt - ,dass die DDR, anders als der Norden Ihres Landes, noch eine zweite "Goldmine" hatte, die ihr viel Geld brachte, nämlich die Lage von West-Berlin, das vom Territorium der DDR völlig umschlossen war. Uns waren gute Verkehrsverbindungen und Bindungen der West-Sektoren der Stadt an die Bundesrepublik viel Geld wert, vom Ausbau der DDR-Strassen zwischen dem Bundesgebiet nach West-Berlin durch DDR-Firmen zu "Liebhaberpreisen" in Devisen bis zu den grosszügigen Transitpausschalen, die wir für den Transit-Verkehr jährlich an die DDR zahlten. Auch hier waren die Interessenlagen gegenläufig: die DDR hoffte, dass ihr die absterbende Stadt bald wie eine reife Frucht zufallen würde. Wir dagegen wollten sie lebensfähig halten, was z.B. sichere und gute Verkehrswege in den Westen zur Voraussetzung hatte. Auch hier also das Modell: der wirtschaftlich starke Westen erbringt finanzielle Leistungen, die DDR macht Konzessionen, die längerfristig nicht in ihrem Interesse waren, jeder in der Erwartung, dass er die Sache länger durchhalte.

Der von uns auf vielerlei Weise geförderte innerdeutsche Handel hatte ein beachtliches Volumen. 1985 erreichte er 16,7 Milliarden VE (=DM). Bezahlt wurde nicht in bar; die Lieferungen wurden miteinander verrechnet, wobei wir der DDR mit dem sogenannten "Swing" einen kostenlosen Überziehungskredit von bis zu 850 Millionen DM einräumten.

Am Schluss, als die Einheit wiederhergestellt war, gab es kluge Fragen wie die, ob wir nicht mit unseren finanziellen Hilfen die deutsche Spaltung verlängert hätten, da ohne diese Hilfen die DDR schon früher zusammengebrochen wäre. In meinem letzten Bericht, den ich Minuten vor der Schliessung am 2. Oktober 1990 an die Bundesregierung abschickte, habe ich mich auch zu dieser Frage geäussert; ich werde darauf am Schluss noch zurückkommen.

Auf einen ganz wichtigen Punkt möchte ich Sie hinweisen: Wir haben die DDR nicht als ausländischen Staat anerkannt, sondern als zweiten deutschen Staat, der für die Bundesrepublik nicht Ausland sei. Daher gelte auch z.B. Völkerrecht nicht direkt im

deutsch-deutschen Verhältnis, sondern kraft Vereinbarung oder bestenfalls analog. Die deutsch-deutschen Beziehungen seien solche besonderer Art, "inter se Beziehungen", wie unser Bundesverfassungsgericht später im Rechtsstreit über die Verfassungsmässigkeit des Grundlagenvertrages mit der DDR formulierte. In diesem 1972 geschlossenen Grundlagenvertrag mit der DDR waren die nicht lösbaren Grundsatzfragen ausgeklammert. Zweck des Vertrages war, jenseits der unlösbaren Grundsatzfragen Regelungen für ein gut nachbarschaftliches Verhältnis in möglichst vielen Einzelbereichen zu finden, von der Ermöglichung und Erweiterung des Reise- und Besucherverkehrs über die Schaffung eines nicht kommerziellen Zahlungsverkehrs und des Austauschs von Personenstandsdokumenten bis zur Schaffung funktionierender Verkehrsverbindungen nach West-Berlin. In einigen Grundsatzfragen, die bei der Aushandlung des Grundlagenvertrages nicht umgangen werden konnten, haben wir uns durchgesetzt: wir haben "Ständige Vertretungen" und nicht Botschaften ausgetauscht und bei Vertragsschluss der Regierung der DDR in dem "Brief zur deutschen Einheit" mitgeteilt," dass dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht; auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wieder erlangt". Die DDR hat, wie bei den Vertragsverhandlungen vereinbart, diesen Brief kommentarlos akzeptiert. Für die "Ständigen Vertretungen" galt nach Nr.5 des Protokolls über ihre Errichtung, dass die gesandtschaftsrechtlichen Regeln der "Wiener Konvention" entsprechend anwendbar seien, nicht also direkt kraft Völkerrechts gelten würden. Die DDR ging davon aus, dass es eine eigene Staatsangehörigkeit der DDR gebe, wir waren der Ansicht, dass die einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit weiterbestehe. Das bedeutete, dass wir in Bürgern der DDR, sobald diese in unseren Regelungsbereich kämen, nicht Ausländer, sondern Deutsche sehen würden. Beide Auffassungen wurden in Protokollvermerken zum Grundlagenvertrag festgehalten. Hier war natürlich für später ständiger Streit programmiert.

Nachdem beide "Ständige Vertretungen" schliesslich im Juni 1974 ihre Arbeiten aufgenommen hatten, stand das "Management" der Teilung auf der Tagesordnung der beiden deutschen Staaten; die Betonung der offenen Grundsatzfrage blieb Festakten an

Gedenktagen vorbehalten. Im Laufe der folgenden Jahre wurden dann eine ganze Reihe von Verträgen zwischen den beiden deutschen Staaten geschlossen und viele Einzelfälle direkt oder auf dem Gesprächskanal über den Anwalt Wolfgang Vogel gelöst. Wir brauchten die Anwaltsebene, da die DDR nicht bereit war, über Fragen, die "ihreStaatsbürger" betrafen, mit uns auf der staatlichen Ebene zu sprechen. Uns war nur wichtig, dass wir für humanitäre Fragen überhaupt eine Gesprächsebene hatten. Und auch hier galt: für von der DDR erbrachte humanitäre Leistungen haben wir mit wirtschaftlichem Entgegenkommen gezahlt.

Als ich mich auf die Übernahme der Aufgabe des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin in der ersten Januarhälfte 1989 vorbereitete, glaubte ich ungefähr zu wissen, was auf mich zukäme. Es war mein zweiter Einsatz an der Vertretung: schon von September 1977 bis zum November 1980 hatte ich als Vertreter des damaligen Leiters Günter Gaus, dort gearbeitet. Ich kannte also Land und Leute, und die Führungsriege der DDR war fast unverändert, nur halt zehn Jahre älter geworden. Das Netz der deutsch-deutschen Beziehungen war mittlerweile dichter; dennoch mussten noch viele Fragen geregelt werden; ein erheblicher Teil von dem neuen Ständigen Vertreter. Das Bundeskanzleramt, dem die Ständige Vertretung unterstellt war, hatte durch seinen Arbeitsstab Deutschlandpolitik einen umfangreichen Aktenordner zu allen anstehenden Fragen zusammengestellt; auch das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen hatte fleissig und umfassend Sachstände und unsere Wunschlösungen aufbereitet. Und unverändert ging es um weitere Verbesserungen im Reise- und Besucherverkehr, der Erweiterung des "Kleinen Grenzverkehrs" der Abschaffung oder zumindest der Verringerung des Mindestumtauschs, um die Ausweitungen des nicht kommerziellen Zahlungsverkehrs, bis zur Verhandlung einer Hochgeschwindigkeitseisenbahn-Verbindung zwischen Berlin-West und Hannover. Viel wichtige Routinearbeit erwartete ich, nicht aber spektakuläre Veränderungen in der DDR und im deutsch-deutschen Verhältnis. Dass das weltpolitische Szenario sich in so rasantem Tempo ändern würde, habe ich damals nicht erwartet. Aber das Ziel der deutschen Einheit hatte ich nie aus den Augen verloren. Mit der Grundeinstellung, "Management der Teilung", nahm ich die mir übertragene Aufgabe an.

Die erwartete Routine trat nicht ein: ein Problem setzte sich sozusagen von allein auf die Tagesordnung zwischen den beiden deutschen Staaten, das mehr als alle vorbereiteten Sachthemen meine Arbeit in Ost-Berlin prägen sollte und beinahe meinen Dienstantritt zur verabredeten Zeit verhindert hätte, nämlich die Zufluchtnahme in der Ständigen Vertretung. Zufluchtsfälle, also Fälle, in denen Besucher der Vertretung erklärten, sie würden die Vertretung erst nach einer verbindlichen Ausreisezusage der DDR verlassen, hatte es zwar fast während der gesamten Existenz der Vertretung gegeben, in der Regel als Einzelfälle, hin und wieder auch in richtigen Wellen. Und einmal in der Vergangenheit, im Sommer 1984, hatte die Vertretung geschlossen werden müssen (wie übrigens auch die Botschaft in Prag), weil die Zahl der Zuflüchtigen das verkraftbare Mass überschritten hatte. Wenige Tage vor meiner Ausreise nach Ost-Berlin waren nun nicht nur einige sondern rund zwanzig Deutsche aus der DDR in der Ständigen Vertretung und wollten diese nur nach einer Ausreisezusage durch die DDR wieder verlassen. Die Lösung dieser Fälle hatte über alle Jahre immer gleich ausgesehen: die DDR sagte zu, dass die betreffenden Personen nach einer bestimmten Zeit, meistens zwischen drei und sechs Monaten, die DDR verlassen dürften; sie mussten jedoch vorher an ihren Wohnort in der DDR zurückkehren und durften niemandem etwas erzählen. Die Bundesregierung gewährte der DDR finanzielle Vorteile für jeden Ausreisefall, die mit der Zeit anstiegen und am Schluss bei fast 100.000 DM pro Erwachsenem lagen.

Zu Jahresbeginn 1989 wollte die DDR von diesem Verfahren, das in gewissen Kreisen in groben Umrissen bekannt geworden war, loskommen; sie wollte nicht mehr die Ausreise sondern nur noch Staffreheit und Überprüfung des Ausreisewunsches zusagen. Erst nach intensiven Gesprächen lenkte die DDR ein, gab die erforderlichen Zusagen und ich konnte nach Ost-Berlin reisen. Das Zufluchtsproblem blieb, von der deutschen Öffentlichkeit fast unbemerkt, bis zum Fall der Mauer, mein täglicher Begleiter.

Einen Fall, der öffentlich bekannt wurde, möchte ich hier kurz schildern, da er die Vielschichtigkeit des Problems zeigt: wenige Tage nach meinem Eintreffen in Ost-Berlin, als ich von meinem Antrittsbesuch beim Doyen des Diplomatischen Corps, in die Vertretung zurückkam, war die Schranke zum Hof der Ständigen Vertretung

abgerissen und ein schwer beschädigtes Fahrzeug mit DDR-Kennzeichen lag auf unserem Gelände. Der Fahrer, ein Deutscher aus der DDR, war mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern mit Gewalt in den Schutzbereich der Vertretung durchgebrochen und hatte dabei einen der die Vertretung bewachenden DDR-Polizisten, der dies verhindern wollte, erfasst und verletzt, schwer verletzt, wie das DDR-Aussenministerium in drohender Tonlage behauptete. Ich konnte das nicht überprüfen, da mir der erbetene Besuch bei dem Verletzten verweigert wurde. Der Staatssekretär des DDR-Aussenministeriums, Herbert Krolkowski, forderte von mir ultimativ die sofortige Herausgabe dieses "Schwerverbrechers"; dieser Zufluchtsfall sei mit anderen Zufluchtsfällen nicht vergleichbar; wenn die Bundesregierung sich nicht zur Überstellung dieses Verbrechers bereit erkläre, werde er sofort nach unserem Gespräch die Presse über diese Forderung der DDR unterrichten und dabei erklären, dass allein die Bundesregierung die Verantwortung für die mit diesem Fall einhergehende gravierende Verschlechterung der Beziehungen zu verantworten habe. Ich habe eingeräumt, dass auch die Bundesregierung das in Frage stehende Verhalten nicht billigen könne. Dennoch komme eine Überstellung gegen den Willen des Zuflüchtigen nicht in Betracht; denn auch die DDR trage Verantwortung für diesen Fall, da er erst denkbar geworden sei, weil die DDR ihren Bürgern das Recht zum Verlassen der DDR verweigere, obwohl sie sich hierzu in den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Verträgen verpflichtet habe. Falls er, gemäss seiner Ankündigung, im Anschluss an unser Gespräch vor die Presse treten würde, würde ich die Medien ebenfalls unterrichten und dabei die Verantwortung der DDR auch für diesen Fall herausstellen. Krolkowski verzichtete auf seine Pressekonferenz; innerhalb einiger Tage verliess unser Zuflüchtiger freiwillig die Vertretung, nachdem Wolfgang Vogel seine Verteidigung übernommen hatte und die DDR uns vertraulich zugesagt hatte, ihn nach einer Verurteilung spätestens innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Bundesrepublik abzuschicken, was genau so dann auch geschah.

Über einige Gespräche, die ich in meiner Amtszeit in Ost-Berlin führte, will ich Ihnen berichten, da sie für das Klima zwischen unseren beiden Staaten bezeichnend waren.

Am 2. Februar 1989 empfing mich Erich Honecker in seiner Eigenschaft als

Staatsratsvorsitzender in seinem Amtssitz zur Übergabe meines Beglaubigungsschreibens.

Nur am Rande: die Vorbereitung war preussisch genau. Der DDR-Protokollchef hatte mir mitgeteilt, er werde mich um 10.13 Uhr in meiner "Residenz" in Pankow mit einem Dienstwagen des Staatsrates mit Motorrad-Eskorte abholen. Auf meine Frage, weshalb nicht um 10.12 Uhr oder um 10.14 Uhr erhielt ich die Antwort, die Entfernung zum Dienstsitz des Staatsratsvorsitzenden sei bekannt, alle Ampeln auf der Schönhauser Allee würden in Fahrtrichtung auf grün gestellt, der Querverkehr werde unterbrochen, der Eskortenführer könne daher sicherstellen, dass ich auf die Sekunde genau die vor dem Staatsratsgebäude angetretene Ehrenformation abschreiten und dann zum Staatsratsvorsitzenden gelangen würde. Für die Übergabezeremonie und das anschließende Gespräch stünden genau 30 Minuten zur Verfügung, denn um 11.00Uhr werde der Botschafter von Togo sein Beglaubigungsschreiben übergeben. Mir war nicht wohl bei dem Gedanken, dass viele Menschen wegen mir in Staus stecken würden; aber so war halt die DDR.

Das an die Übergabezeremonie sich anschließende 20 minütige Gespräch mit Honecker brachte keine Überraschung; Honecker stellte die anstehenden Probleme der Abrüstung und der Rüstungskontrolle in den Vordergrund und kam nur kurz auf bilaterale Fragen zu sprechen. Er knüpfte an seinen Besuch in Bonn an und bezeichnete die sich daran anschließende Entwicklung als positiv. Und er meinte, Verbesserungen im Eisenbahnverkehr, Umweltfragen und Fragen der Energiewirtschaft würden mich wohl in Zukunft besonders beschäftigen. Ich habe jeweils unsere Positionen vorgetragen und wie auch bei vielen anderen Gesprächen vorher und nachher abschliessend betont, Verbesserungen in den Beziehungen auf staatlicher Ebene seien kein Selbstzweck; sie müssten auch für die Bürger in ihrem täglichen Leben spürbar werden. Honecker hat auf diesen Satz nicht reagiert. Und ich habe diesen Satz auch den vor dem Staatsratsgebäude auf mich wartenden Journalisten gesagt, denn für mich war das immer ein zentraler Punkt.

Auch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR hat dies offenbar so gesehen und daran folgerichtig Anstoss genommen. Nur eine Woche später, am 8. Februar, wurde ich von einem der Stellvertreter des Aussenministers, nämlich von Kurt Nier, zu einem "Gespräch" einbestellt. Nier verlas, betont geschäftsmässig, mit monotoner Stimme eine vierseitige Erklärung, die mit der Feststellung begann, dass in letzter Zeit die völkerrechtswidrigen Aktivitäten der Ständigen Vertretung erheblich zugenommen hätten. Wir würden uns zunehmend in die inneren Angelegenheiten der DDR

einmischen; die DDR werde solchen Aktivitäten nicht tatenlos zusehen. Und dann sagte er:

"Das wird noch unterstrichen durch öffentliche Erklärungen des Leiters der Ständigen Vertretung, Herrn Dr. Bertele, nach seiner Akkreditierung, wonach es offensichtlich als eine vordringliche Aufgabe dieser Einrichtung angesehen wird, sich um Belange von Bürgern der DDR zu bemühen....."

Ich habe diese Vorwürfe als abwegig zurückgewiesen. Nier wiederholte daraufhin, ohne eigene Argumentation, Passagen des verlesenen Textes. Unser "Gespräch" endete schnell und in ungewöhnlich frostiger Atmosphäre. Als mich dann der "Abteilungsleiter BRD" im DDR-Aussenministerium Karl Seidel zum Ausgang brachte, fragte ich ihn, wer denn diese "Einbestellung" veranlasst hätte. Seidel, den ich von meiner früheren Tätigkeit gut kannte und den ich als Person immer geschätzt habe, sagte schmallippig, ich könnte davon ausgehen, dass dieser Text nicht im Aussenministerium der DDR entstanden sei. Wo er herkomme, könne er mir nicht sagen. Erst sehr viel später habe ich erfahren, dass meine Einbestellung vom Chef der Staatssicherheit Erich Mielke veranlasst wurde und dass die Gesprächsaufzeichnung des DDR-Protokollanten direkt an ihn zurückzuleiten war.

Einige Wochen später, bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung, ging Nier sehr freundlich auf mich zu. Ich eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, ich würde ihn eigentlich gerne fragen, wie es ihm gehe, aber ich traute mich nicht. Als er verblüfft nach dem Grund fragte, sagte ich, ich erhoffte zwar als Antwort ein "gut", fürchtete aber auch den Vorwurf, ich würde mich "in seine inneren Angelegenheiten einmischen".

Ein neuer Missionschef muss viele Antrittsbesuche absolvieren. Manche werden vom Protokoll des Gastlandes vorgeschrieben, z.B. bei Regierungsmitgliedern und anderen hohen staatlichen Würdenträgern; andere Besuche entsprechen den allgemein anerkannten Regeln der internationalen Courtoisie, zum Beispiel bei den anderen im Gastland akkreditierten Chefs diplomatischer Vertretungen. Die Gespräche mit den DDR-Würdenträgern wie Ministerpräsident Stoph, Aussenminister Fischer, dem Volkskammerpräsidenten Sindermann und mit vielen anderen machten deutlich, dass es in der DDR nur eine "Nummer 1", eben Erich Honecker, gab; alle anderen hatten vorbereitete Papiere und hielten sich gegenüber dem "BRD-Vertreter" peinlich an die

geltenden Sprachregelungen. Wirkliche Gespräche gab es praktisch nicht. Diese Antrittsbesuche waren reine Pflichtveranstaltungen.

Es gab natürlich auch Besuche, bei denen die Initiative von mir ausging. Da die Bundesrepublik Deutschland (Gott sei Dank) kein sozialistisches Land war, gab es keine "Parteibeziehungen". Das staatliche Protokoll sah demgemäss keine Kontakte zu den Granden des allmächtigen Politbüros der SED, soweit sie nicht auch staatliche Ämter hatten, vor. Nun lag die Macht in der DDR ja nicht bei der Regierung, sondern bei der SED. Im Gegensatz zu früher akzeptierte man meinen Wunsch, auch einigen Mitgliedern des Politbüros Antrittsbesuche abzustatten. Besonders interessiert war ich an einem Gespräch mit Egon Krenz, der als "Kronprinz" Honeckers galt und der im Politbüro u.a. für die innere Sicherheit in der DDR verantwortlich war.. Ich kannte ihn von meinem ersten Aufenthalt in der DDR und wir sprachen miteinander in lockerem Ton, aber sehr hart in der Sache. Er begann das Gespräch, - eine Woche nachdem der damalige Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann seinen Besuch auf der Leipziger Messe wegen eines Grenzzwischenfalls an der Berliner-Mauer bei Staaken in letzter Minute abgesagt hatte, - mit Vorwürfen gegenüber Politikern und Medien der Bundesrepublik, denen er verleumderische Attacken gegen die DDR vorwarf. Wir würden uns dauernd in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen und uns eine "Obhutspflicht gegenüber DDR-Bürgern anmassen". Gemeint war mit dieser Formel, die man auch fast täglich im "Neuen Deutschland" lesen konnte, dass wir die DDR-Deutschen, die zu uns kamen, als Deutsche und nicht als Ausländer behandelten. Jeden Übersiedler, so Egon Krenz, begrüßten wir als Held. Er bestritt, unter Berufung auf Erklärungen Honeckers, die Existenz eines Schiessbefehls an der Grenze und verstieg sich zu der Behauptung, dass auch an der "BRD-Grenze zu westlichen Staaten" und auch ganz allgemein bei unseren Vollzugsbeamten "der Colt recht locker sitzen" würde. Ich habe diese Vorwürfe natürlich zurückgewiesen.

Schliesslich fragte ich ihn, ob ihm, der für die innere Sicherheit der DDR verantwortlich wäre, nicht die allgemeine Unzufriedenheit und der zunehmende Ausreisepressure in der DDR Sorgen machen würde. Natürlich wusste er, dass wir täglich Zufluchtsfälle hatten und er kannte auch die Schätzungen über die Zahlen der Ausreisewilligen aus der DDR, die bei über einer Million (bei einer Gesamtbevölkerung von ungefähr 16 Millionen) lagen. Dennoch wischte er meine Frage völlig ungerührt vom Tisch. "Sie verkehren in

den falschen Kreisen, lieber Herr Bertele", sagte er und fuhr fort: "Sie sollten nicht auf die ewig Unzufriedenen, auf die paar Stänkerer, die es überall gibt, hören, sondern auf die überwältigende Mehrheit der DDR-Bürger, die ihren Staat geschaffen haben und die stolz und zufrieden auf das Erreichte sind". Meine Antwort war: "Es ist richtig, dass meine Mitarbeiter und ich zu den Schriftstellern, die ausschliesslich im Militärverlag der DDR publizieren, keine Kontakte haben, sonst aber zu fast allen anderen Segmenten der DDR-Gesellschaft". An seiner Stelle würde ich mir Sorgen machen. Krenz schloss diesen Teil des Gespräches mit der Feststellung, das Ausreiseproblem sei letztendlich ein Randproblem; ich hätte ein völlig unzutreffendes Bild von der inneren Lage der DDR.

Natürlich durfte Egon Krenz mir gegenüber nicht zugeben, dass er sich über die innere Lage der DDR Sorgen mache, aber es wurde dennoch deutlich, dass er die Lage völlig falsch einschätzte. Das zeigte sich auch wenig später, als unter seiner Stabführung das Ergebnis der Kommunalwahlen dreist im Sinne der SED gefälscht wurde, obwohl fast jedermann wusste, dass Vertreter von Bürgerrechtsgruppen in allen Wahllokalen die Zahl derer, die dort wählten, festgestellt hatten, so dass den Manipulationen gewisse Grenzen gesetzt waren. Er war sich sicher, dass die Machtmittel des SED-Staates allen möglichen Herausforderungen überlegen waren. Die Arroganz der Macht war bei Egon Krenz unübersehbar

Im August 1989 überschlugen sich dann die Ereignisse:

Eigentlich hatte ich meinen Jahresurlaub Mitte Juli antreten wollen, aber die steigende Zahl von Zuflüchtigen in der Vertretung liess das nicht zu. Gegen Monatsende sagte mir schliesslich Wolfgang Vogel, ich könne nun unbesorgt in Urlaub fahren; er habe von seiner Seite ausreichende Vollmachten, um alle Zufluchtsfälle positiv erledigen zu können. So fuhren meine Frau und ich nach Norwegen, und ich fiel aus allen Wolken, als mir bei einem der verabredeten Kontrollanrufe unsere Botschaft in Oslo mitteilte, die Ständige Vertretung sei wegen Überfüllung am Vortag geschlossen worden. Wir hetzten nach Berlin zurück und ich kam gerade noch rechtzeitig an, um am Morgen des 11. August mit dem aus Bonn angereisten Leiter des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt Claus Duisberg ein Gespräch mit Kurt Nier führen zu können, dem Duisberg im Auftrag des Bundeskanzlers unsere

Einschätzung der entstandenen Situation vortrug. Die DDR müsse den Zuflüchtigen mehr als nur Straffreiheit zusichern. Gespräche hierüber müsse es jetzt auch auf politischer Ebene geben. Dass im Laufe dieses Gesprächs Nier von uns verlangte, die Zuflüchtigen aus der Vertretung zu weisen und dass wir dies ablehnten, gehörte zum selbstverständlichen Ritual.

Für meine Mitarbeiter und für mich stand die Betreuung unserer "Gäste" in den nächsten Wochen im Vordergrund.

Zunächst mussten wir die Basisbedürfnisse befriedigen, Schlafgelegenheiten schaffen, einige zusätzliche Duschen und Toiletten einrichten, Kleider und Wäsche zum Wechseln kaufen, und vieles andere mehr. Gott sei Dank hatten wir in unserem "Gartenhaus" im Hof, das in anderen Zeiten für Vorträge und Empfänge genutzt wurde, eine ausreichende Küche mit den erforderlichen Utensilien zur Verfügung.

Bei rund 130 Zuflüchtigen hatten wir hinsichtlich beruflicher Bildung und persönlicher Eigenschaften fast einen repräsentativen Querschnitt durch die Gesamtbevölkerung: wir hatten Ärzte, Krankenschwestern und Lehrerinnen, eine Säuglingspflegerin und eine Tänzerin, Diplomingenieure und Handwerker, eine Gesangspädagogin, Kellnerinnen, einige Schüler und auch einen Koch. Mit ihm besprachen wir den Speisezettel und besorgten dann das Erforderliche in West-Berlin.

Allen war klar, dass auch die STASI in der Gruppe vertreten sei und mancher kam ungerechtfertigterweise in den Verdacht, der STASI-Mann zu sein. Und nur ich wusste aus einer absolut zuverlässigen DDR-Quelle, dass eine ganz bestimmte Person, die mit am lautstärksten die Forderung nach schneller Ausreise an mich stellte, der "STASI" zuzuordnen war. Nicht einmal meiner Frau, die als gelernte Ärztin unsere Gäste betreute, habe ich das damals gesagt. Wäre dies in der Gruppe bekannt geworden, wäre sein Leben in hohem Masse gefährdet gewesen.

Ein Gespräch mit einem unserer "Besucher" möchte ich wiedergeben, da es charakteristisch für die Stimmung war:

Ein Mann Mitte dreissig antwortete auf meine Frage, weshalb er bei uns Zuflucht gesucht habe, er habe eine Frau und zwei Kinder, sei selbstständiger Schlosser, habe eine Wohnung in Berlin und eine Datsche irgendwo an einem Gewässer, aber er halte es in der DDR nicht mehr aus. Er wolle weg, wolle im Westen mit seiner Familie ein neues Leben beginnen. Auf meinen Einwand, er gebe hier doch eine ganze Menge auf, fielen einige meiner Zuhörer so richtig über mich her: ob ich denn nicht wisse, was die Freiheit wert sei. Wie die DDR-Urlauber in Ungarn würden sie, mit einer Plastiktüte

in der Hand, lachend die DDR verlassen; sie würden auf alles verzichten, was sie in der DDR an materiellen Gütern hätten.

Nach einer Reihe von vorbereitenden Gesprächen zwischen der DDR-Führung und unserer Seite lud ich Wolfgang Vogel und den Vorsitzenden des Rechtsanwaltskollegiums der DDR Gregor Gysi am 8. September zu einem Gespräch mit den Zuflüchtigen in die Ständige Vertretung ein. Nach einer einführenden Erklärung meinerseits trug Vogel das Angebot der DDR zur Lösung des Problems vor:

denjenigen, die die Vertretung freiwillig verliessen, könne er Straffreiheit und eine umfassende anwaltliche Beratung und Unterstützung in ihrer Ausreisemasche zusichern. Er sei bereit, für alle das Hauptmandat zu übernehmen; für jeden einzelnen werde darüber hinaus in seinem Heimatbezirk ein weiterer Anwalt tätig. Entsprechende Gespräche seien mit diesen Anwälten bereits geführt worden und Rechtsanwalt Gysi garantiere die Umsetzung dieser Zusage. Vogel betonte dann nachdrücklich, dass es im laufenden Jahr bereits 60000 legale Übersiedlungen gegeben habe und dass es bei den Hauptmandaten, die er übernommen habe, noch nie eine negative Entscheidung gegeben habe.

Nach der Beantwortung einiger Fragen und der Zusicherung durch Vogel, dass die meisten an ihre Arbeitsplätze zurückkehren könnten, unterstrich ich, dass alle, bei denen diese Zusagen nicht eingehalten würden, sich jederzeit an mich wenden könnten. Ich hatte am Vortage in einem Gespräch mit dem amtierenden Abteilungsleiter im DDR-Aussenministerium Hans Schindler dies als notwendig angekündigt.

Nach internen Beratungen verliessen schliesslich am Nachmittag alle Zuflüchtigen die Vertretung. Fast alle von ihnen haben die DDR noch vor dem Fall der Mauer verlassen.

Nur äusserlich kehrte in die auch weiterhin geschlossene Vertretung Ruhe ein. Unsere Botschaften in Prag und Warschau waren ebenfalls überfüllt und geschlossen, wobei die Lage in Prag von Tag zu Tag dramatischer wurde. Zweimal im September war ich mit hochrangigen Beamten der Bundesregierung und den DDR-Anwälten Vogel und Gysi in Prag und einmal in Warschau, um mit den dortigen Zufluchtsuchenden ihre Lage zu erörtern. Die DDR strebte dort eine Lösung wie in Ost-Berlin an. Wir wollten dagegen erreichen, dass die dortigen Regierungen die Zuflüchtigen ins Bundesgebiet ausreisen liessen. Die Tschechoslowakei und Polen waren, wenn sie auch Bundesgenossen der DDR waren, souveräne Staaten und Ungarn hatte eben (am 10. September)gezeigt, dass es die Beachtung der Menschenrechte über die sozialistischen Treueschwüre der Vergangenheit stellte und hatte seine Grenze nach Oesterreich für die Flüchtlinge aus der DDR geöffnet. Auch in Warschau suchte man nach Wegen, um die

Zuflüchtigen in unserer dortigen Botschaft nicht in die DDR zurückschicken zu müssen. Nur in Prag herrschten, wie in der DDR, die orthodoxen Genossen, denen die Blocksolidarität über alles ging. Am Abend des 30. September, als Hans-Dietrich Genscher zusammen mit Rudolf Seiters auf dem Balkon des Palais Lobkowitz standen und Genschers Ankündigung der bevorstehenden Ausreise im Jubel der rund 5000 Zuflüchtigen unterging, waren der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Jürgen Sudhoff und ich in unserer Botschaft in Warschau, um den rund 800 dort versammelten Landsleuten die gleiche Botschaft zu verkünden. Die daran anschließende zwanzigstündige Zugfahrt, die Spannung beim Überqueren der DDR-Grenze in Frankfurt/Oder und die Erleichterung, als wir schliesslich bei Helmstedt die Bundesrepublik erreicht hatten, werden alle Beteiligten nie vergessen.

Die "Botschaftsbesetzungen" und die Sonderzüge zeigten der ganzen Welt, dass viele Menschen die DDR verlassen wollten, da sie unter dem dortigen Regime keine Zukunft sahen und überdies befürchteten, nach den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR werde der Druck der Staatsgewalt weiter zunehmen. Zur gleichen Zeit entstand eine andere Grundströmung, in der die, die in der DDR bleiben und diese verändern wollten, sich zusammenfanden. Es begann mit kleinen Oppositionsgruppen wie dem NEUEN FORUM, DEMOKRATIE JETZT und dem DEMOKRATISCHEN AUFBRUCH, um nur einige zu nennen. Dann kamen noch im September in Leipzig die ersten Umzüge im Anschluss an die Montags-Gottesdienste in der Nikolaikirche, denen sich Tausende von Sympathisanten anschlossen. Innerhalb weniger Wochen entstanden gewaltfreie, beeindruckende Demonstrationen, in denen die Teilnehmer zuerst leise und fast bittend "Keine Gewalt! Wir sind das Volk" und dann selbstbewusster "Wir sind das Volk" und schliesslich "Wir sind ein Volk" riefen. Sie wollten bleiben und nur das herrschende System verändern, bis dann nach kurzer Zeit der Ruf nach der Einheit immer lauter wurde. Durch die parallelen Aktionen der Ausreisewilligen und der Veränderer ist das DDR-Regime zerrieben worden; die zur Ausreise Entschlossenen brachten die Mauer zum Einsturz, die, die bleiben wollten, stürzten das Regime.

Der Ausreisedruck und nicht Schabowskis Irrtum auf seiner Pressekonferenz am 9. Nov. 1989 führte zum Fall der Mauer, wenngleich es Schabowskis "Verdienst" bleibt, dass das Ereignis am 9. November und nicht einige Tage später eintrat. Aber die Mauer

musste fallen, da sie ihre Funktion verloren hatte, und zwar schon einige Tage vor dem 9. November.

In Gesprächen mit Karl Seidel und Hans Schindler, Leiter und Stellvertretender Leiter der "Abteilung BRD" im DDR-Aussenministerium, hatte ich wiederholt darauf hingewiesen, dass wir die wegen Herrichtungsarbeiten geschlossene Vertretung voraussichtlich in der ersten Novemberhälfte wieder für den Publikumsverkehr öffnen würden. Der DDR bleibe daher nur wenig Zeit, die Veränderungen herbeizuführen, die eine Zufluchtsuche nicht mehr attraktiv machten. Unsere Position sei klar: wir würden auch in Zukunft niemand mit Gewalt aus der Vertretung weisen, und wir würden weiterhin eine Kontrolle unserer Besucher vor dem Betreten der Vertretung durch die Polizeiposten der DDR mit dem Ziel, mögliche Zuflüchtige herauszusieben, nicht hinnehmen. Der freie Zugang zur Vertretung sei nicht verhandelbar. Falls die DDR ihre Ausreiseregulungen nicht drastisch ändere, würden wir die Vertretung voraussichtlich unmittelbar nach der Wiedereröffnung erneut schliessen müssen, da wir erneut mit einer grossen Zahl von Zufluchtsfällen rechnen müssten. Dies sei nur zu verhindern, wenn die DDR den Bürgern, die das Land verlassen wollten, die Ausreise erlaube.

Am 3. November lud Egon Krenz in seiner Eigenschaft als neues Staatsoberhaupt der DDR die in der DDR akkreditierten Botschafter, zu denen formal auch ich zählte, zu einem Empfang ein. Als ich zur Gratulation an der Reihe war, nutzte ich die vorgesehenen 20 Sekunden zu folgenden Sätzen an Egon Krenz:

"Ich muss noch im Verlauf dieses Empfanges dringend mit Ihnen sprechen. In Prag sind in den letzten 3 Stunden fast 2000 Menschen über den Zaun in unsere Botschaft geklettert und es werden jeden Augenblick mehr. Jeden Augenblick kann in der zum Bersten vollen Botschaft eine Katastrophe passieren. Einziger Weg, eine Katastrophe zu vermeiden, ist nur noch, dass Sie möglichst schnell der Regierung der CSSR erklären, die DDR sei mit der direkten Ausreise der Zuflüchtigen nach Bayern einverstanden".

Dann zogen mich die Protokollbeamten, die nicht hören konnten, was ich gesagt hatte, weg, weil ich die vorgesehene Zeit überzogen hatte.

Im anschliessenden Empfang sprach Krenz gemäss der Landessitte zunächst mit dem sowjetischen Botschafter Kotschemassow und ich wurde, entgegen der Landessitte, bereits als Zweiter mit einem Gespräch ausgezeichnet, zu dem Krenz auch noch Aussenminister Fischer und Staatssekretär Krolkowski zugezogen hatte. Krenz fragte mich, was es so Dringendes gebe, dass ich es bei der Gratulationscour angesprochen

hätte. Ich wiederholte das, was ich ihm schon gesagt hatte. Krenz fragte daraufhin Fischer, was denn los sei, und dieser antwortete, er habe alles unter Kontrolle und er habe "heute morgen vier zusätzliche Kräfte nach Prag delegiert", die dort direkt Ausreiseanträge bearbeiten könnten. Auf meinen Einwand, dies sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein, da nach unserer Kenntnis ein Mitarbeiter täglich höchstens 70 Ausreisegesuche bearbeiten könne, vier mithin knapp 300, und wir hätten Tausende Flüchtlinge in der Botschaft beendete Krenz diesen Teil des Gesprächs mit der Zusage, er werde die Sache sofort prüfen. Abschliessend wies ich Krenz, Fischer und Krolkowski darauf hin, dass wir voraussichtlich in der kommenden Woche (also zwischen dem 6. und dem 10. November) die Ständige Vertretung nach Abschluss der Bauarbeiten wieder für den Publikumsverkehr öffnen würden. Die DDR möge sich darauf einstellen, damit die mit Sicherheit zu erwartenden Zufluchtsfälle sofort gelöst werden könnten.

Anschliessend forderte ich den Botschafter der CSSR Frantisek Langer, zu dem ich ein gutes persönliches Verhältnis hatte, auf, bei Krenz in entsprechender Weise vorstellig zu werden. Die DDR lasse in humanitären Fragen die CSSR die Drecksarbeit machen und lehne sich selbst zurück. Das könne sein Land doch nicht akzeptieren. Mein guter Kollege Frantisek versprach mir, sofort zu Krenz zu gehen, was er auch tat.

Rund drei Stunden später rief mich Abteilungsleiter Seidel vom DDR-Aussenministerium an und teilte mir mit, die DDR-Regierung habe der Regierung der CSSR mitgeteilt, sie sei einverstanden, dass die Botschaftsflüchtlinge in Prag direkt ins Bundesgebiet ausreisen könnten. Noch am Abend dieses Tages öffnete die CSSR-Regierung die Grenze zwischen der CSSR und der Bundesrepublik.

Da die DDR die Grenze zur CSSR nicht kurzfristig abriegeln konnte, hatte die Mauer am Abend des 3. November ihren Sinn verloren, da man sie gefahrlos über die CSSR umgehen konnte. Die Öffentlichkeit hat das so nicht wahrgenommen, aber es wäre bald ersichtlich geworden.

Die Mauer fiel, weil zu viele Menschen die DDR verlassen wollten; die deutsche Einheit kam, weil die überwältigende Mehrheit der DDR-Bevölkerung bleiben und in einem vereinigten Deutschland und nicht im separaten Staat DDR leben wollte.

Und nur noch als Marginalie: im Schatten des Mauerfalls haben wir, von der Öffentlichkeit kaum mehr bemerkt, die Ständige Vertretung am 10. November wieder geöffnet.

Egon Krenz konnte sich nicht lange an der Spitze der DDR halten. Zunächst berief die SED und formal die Volkskammer Hans Modrow zum Ministerpräsidenten der DDR. Er galt in der Zeit, als die Hardliner regierten, als ein Reformier. Aber er war und blieb ein überzeugter Sozialist und er glaubte, die DDR als deutschen sozialistischen Staat erhalten zu können. Die Zeit ist sehr schnell über ihn hinweggegangen. Bei den ersten freien Wahlen, die am 18.3.1990 in der DDR stattfanden, wurde seine zur PDS mutierte SED verheerend geschlagen. Der Christdemokrat Lothar de Maiziere wurde Ministerpräsident und der SPD-Politiker Markus Meckel Außenminister. Auch diese beiden hätten gerne die DDR noch einige Jahre als demokratischen Staat am Leben gelassen, um ihn von innen heraus zu reformieren und auf die deutsche Einheit vorzubereiten. Die internationale Entwicklung und die Menschen in der DDR gaben ihnen nicht die erforderliche Zeit. Als die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in den 2+4 Verhandlungen den Weg zur deutschen Einheit im Sommer 1990 freigaben und alle unsere Nachbarn in Europa dem zustimmten, kam die deutsche Einheit fast über Nacht. Am 3. Oktober 1990 war Deutschland nach mehr als 40jähriger Trennung wieder vereinigt.

Am Nachmittag des 2. Oktober 1990 schickte ich meinen letzten Bericht an die Bundesregierung. Ich skizzierte die 16 jährige Tätigkeit der Vertretung und habe schliesslich festgestellt, man könne rückschauend sagen, dass die Schliessung der Vertretung im August 1989 den Zusammenbruch der DDR eingeläutet habe. Ich frage mich, so schrieb ich dann weiter,

"ob auch ich dazu beigetragen habe, die Existenz der DDR zu verlängern. Seit der Übernahme des Amtes des Leiters der Ständigen Vertretung hatte sich mehrmals die Frage der Schliessung der STAEV wegen der grossen Zahl der Zufluchtsuchenden gestellt. Was wäre geschehen, wenn wir statt im August 1989 im Januar oder im Februar, im März oder im Mai die Vertretung geschlossen hätten? Hätte es eine vergleichbare Entwicklung geben können?" Meine Einschätzung, so fuhr ich damals fort, "ist auch heute noch, dass dies vor August nicht möglich gewesen wäre. Die

Denkprozesse bei Gorbatschow, die Entwicklungen in Polen und in Ungarn waren im Frühjahr noch nicht so weit. Dazu kommt ein Aspekt, der in der publizistischen Erörterung noch nie erwähnt wurde: dies war der krankheitsbedingte Ausfall Honeckers von Juli bis September 1989. Nach den vielen Gesprächen mit Honecker, an denen ich teilgenommen habe, bin ich sicher, dass ein Honecker im Vollbesitz seiner Kräfte sich mit allem, was ihm zur Verfügung stand, gegen die Wende gewehrt hätte. Er hätte dies zwar auf eigene Rechnung, d.h. ohne die Unterstützung der Nachbarn tun müssen, aber der alte Mann, der er war, hatte nichts zu verlieren und er war überzeugt, dass seine Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mehrzahl der Bevölkerung ein besseres Leben erlaubte, als im Kapitalismus". Nach dem ich diese Auffassung noch weiter belegt hatte, schrieb ich dann:

"Die Bundesregierung hat den Prozess der deutschen Einheit zielbewusst vorangetrieben, aber ein bisschen Fortune haben die Deutschen dabei durch den Ausfall Honeckers in entscheidender Zeit auch gehabt".

Es dauert länger, als wir alle gedacht haben, um die Probleme, die sich aus 40jähriger Trennung ergaben, zu lösen. Es gab keine Drehbücher, wie man zwei Staaten und Gesellschaften, die über 40 Jahre in unterschiedlichen Systemen gelebt hatten, zusammenführt. In allen Universitätsbüchereien dieser Welt gibt es viele gescheite Bücher über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der umgekehrte Weg wurde nirgendwo beschrieben. Oder um es mit den Worten einer praktischen Frau, die auch eine erfolgreiche Politikerin war, nämlich der ehemaligen polnischen Ministerpräsidentin Hanna Suchocka zu sagen: jedermann weiss, wie man aus 10 Eiern ein Omelette macht, aber keiner weiss, wie man aus dem Omelette die 10 Eier zurückholen kann.

Wir alle wussten, dass die Einheit immense wirtschaftliche Probleme bringen würde. Es war klar, dass die technische Konsumgüterproduktion der (ehemaligen) DDR für den Binnenmarkt sofort zusammenbrechen würde. Niemand würde z.B. mehr einen Trabbi oder Wartburg, in der DDR-Zeit heiss begehrt und mit Wartezeiten zwischen 10 und 18 Jahren sehnlichst erwartet, kaufen, wenn westliche Produkte angeboten würden. Und es war auch klar, dass diese Fahrzeuge nicht nach China verkauft werden könnten, wie es die Arbeiter in den Herstellerbetrieben erwarteten. Alle diese Produktionen würden

eingestellt werden müssen. Aber wir hatten gehofft, dass die Sowjet-Union und Ost-Europa noch einige Jahre die DDR-Produkte, die dort jahrzehntelang sehr nachgefragt waren, noch für eine gewisse Übergangszeit abnehmen würden. Neunzig Prozent der in der DDR produzierten Werkzeugmaschinen und Schiffe waren in diesen Raum gegangen, mehr als achtzig Prozent der Eisenbahnlokomotiven und Waggons und vieles mehr. Der schnelle Zusammenbruch der Sowjet-Union und des östlichen Wirtschaftssystems hat dies verhindert. So kam es hier nicht zu einem allmählichen Übergang, sondern ebenfalls zu einem Zusammenbruch. So lastet unsere Öffentlichkeit viele Probleme der deutschen Einheit an, die mit der Einheit eigentlich nichts zu tun haben. Aber der Wandel von der Trennung zur Einheit überdeckt das alles. Die DDR hätte, als demokratischer Staat nach den Wahlen im März 1990, den Wandel in Osteuropa nicht überstanden. Sie wäre zusammengebrochen.

Die schwierigsten Probleme liegen im psychologischen Bereich. Viele im Osten glauben, dass ihre Lebensleistung sinnlos war und sind daher unzufrieden. Und viele sind arbeitslos und sehen mit dem, was sie gelernt haben oder an Erfahrung mitbringen, für sich keine Zukunft. Dabei hat sich bei fast allen der materielle Status erheblich verbessert. Alles dauert länger, als wir das erwartet haben. Aber wir werden das schaffen. Natürlich wären die wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Einheit leichter lösbar gewesen, wenn wir in einem weltwirtschaftlichen Hoch uns befinden würden. Dass dem nicht so ist, das erleben Sie in Ihrem Teil unserer Erde ja ebenfalls. Und nur noch eines zum Schluss: Auch die, die klagen, wollen das alte System nicht zurück, sie wollen, dass die neuen Probleme schneller gelöst werde.

Es bleibt: trotz aller Probleme haben wir Grund zur Freude über die Deutsche Einheit; die ohne einen einzigen Schuss erreicht wurde. Die Welt hat sich als fähig erwiesen, ein politisches Jahrhundertproblem auf friedliche Weise, ohne Blut und Tränen, zu lösen. Und das sollte uns auch für die Lösung anderer Jahrhundertprobleme Mut machen.